

Der Courier
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Kanada \$2.50
für Ausland \$3.50
Büros und Druckerei:
1885 Halifax Street, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadianer

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada \$2.50
to foreign countries .. \$3.50
Offices and printing plant:
1885 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang

12 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. März 1924

12 Seiten

Nummer 19

Nebereinkommen zwischen Canada und Ver. Staaten

Gemeinsame Ausarbeitung des St. Lorenz-Projekts

Ernennung von Nationalkommissionen

Zwischen den Vereinigten Staaten und Canada ist ein Nebereinkommen zustande gekommen, kraft dessen beide Regierungen Nationalkommissionen ernennen werden, die der gemeinsamen amerikanisch-canadischen Ingenieurkommission beistehen sollen, das geplante Tiefwasser-Projekt vom St. Lorenzstrom zu den Großen Seen zu realisieren.

Der von Präsident Coolidge ernannte amerikanische Nationalkommission wird Sekretär Hoover vorsetzen. Derselbe wird folgende Mitglieder umfassen:

Wm. C. Cress, früherer Präsident der New York Merchants Association; James C. Davidson von Van City, Mich.; James P. Goodrich, früherer Gouverneur von Indiana; James A. Howard von Chicago, früherer Präsident der American Farm Bureau Federation; James T. Roon von der American Federation of Labor; Stephen B. Davis, Rechtsanwalt von Washington; Charles P. Craigh von Duluth, Minn., und ein weiteres, noch nicht bestimmtes Mitglied, das die kommerziellen Interessen der Neuenlandstaaten repräsentieren soll.

Der Präsident sagte bei der Ernennung dieser Kommission unter anderem: "Es ist mein Wunsch, das Kommissionsmitglied ganzem Herzen wirtschaftlichen und nationalen Standpunkte ins Auge fassen und die verschiedenen Standpunkte nach ihren Ansichten konsultieren, um in der Lage zu sein, zu entscheiden, ob das Projekt zu dieser Zeit in Angriff genommen werden sollte oder nicht. Sollte diese Frage bejahend beantwortet werden, dann möchte ich, daß sie die Formulierung solcher Projekte in Beratung nehme, die in Bezug auf Konstruktion, Finanzierung und Verwaltung einem internationalen Nebereinkommen als Basis dienen könnten."

Das Projekt, die Großen Seen des canadischen und amerikanischen Völkeres, ist seit langer Zeit die stille Hoffnung von Millionen Leuten gewesen und in dem Bewußtsein dieses Projekts seiner Verwirklichung um einen Schritt näher zu bringen, erlaube ich Sie, Ihre Meinung der Sache zu äußern.

Das Staatsdepartement meldete, daß die beiden Regierungen in der Angelegenheit zu einem Nebereinkommen gelangt seien, auf Grund dessen das bereits bestehende Direktorium von Ingenieuren noch um zwei amerikanische und zwei canadische Ingenieure vermehrt werden würde.

Die Entlohnung der Kommissionsmitglieder des St. Lorenzstroms wurde als Hauptgegenstand der Verhandlungen der Großen Seen angelaufen. Zur selben Zeit wurde eine gemaltete Wasserbetriebskraft entwickelt werden. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf \$252,728,729 veranschlagt.

Das canadische Parlament in Ottawa

zeichnet sich wie andere Körperschaften ähnlicher Art durch die Schamlosigkeit seiner Mitglieder aus. Es wird dort immer noch über die Frontrede und über die Rede des Premier King, über die wir in letzter Nummer des "Courier" berichteten, diskutiert und dabei viel lautes Geschrei geäußert. Wenn untern Kommando mit Heben geschrien wäre, müßte nach der bisherigen Debatte, die Ottawa schon gehalten hat, denn bei der Unschicklichkeit, mit der dort jede Rede abgehalten wird, ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Rede des Premier King, die er am 1. April in der Provinz gehalten hat, nicht die besten sein werden.

Son. Ernest Kasowitz, der Justizminister und Führer des französischen Liberalismus, erklärte, Canada's Handel und Nationalreichtum seien größer als je zuvor und die Beisehrung des Landes sei geringer als in jedem anderen Teile des britischen Reiches.

Bei Provinzialwahlen in Alberta

Sind in Zukunft 25 Namen auf Nominationspapieren notwendig. Edmonton. — Kandidaten bei Provinzialwahlen werden nach dem Willen des Komitees der Alberta Legislatur in Zukunft 25 Unterschriften auf ihren Nominationspapieren benötigen, bevor ihre Namen auf die Stimmzettel gesetzt werden. Bisher wurden nur 4 Namen benötigt.

Außerdem sind statt der bisherigen 3 nur 2 Monate Ortsausenthalt in dem betreffenden Wahlbezirk notwendig. Der Wähler muß aber vor der Wahl mindestens 12 Monate in der Provinz gelebt haben.

Calgary. — Die Stollenbergleute von Alberta werden am 1. April in Streit treten, da die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien am Samstag endgültig abgebrochen worden sind.

Alkoholverbot in Ver. Staaten undurchführbar

Eingeständnis des amerikanischen Admirals C. P. Plunkett

Washington ist "nächste Stadt" in den Ver. Staaten.

Die Prohibition kann unter den jetzigen Umständen d. h. bei den gewöhnlichen einschlägigen Gelegenheiten nicht durchgeführt werden. Wenn alle Richter in der Stadt New York und alle Anwälte ihre ganze Zeit in den Gerichten auf nichts anderes als auf Prohibitionfälle verwenden würden, so würden sie einer wirklichen Erzwingung der Prohibition aus noch nicht merklich näher kommen.

Diese Ansicht vertrat gestern Admiral Charles P. Plunkett, der Kommandant der Destroyer Flottille "Hull", im Polizeihauptquartier, wo er als Zeuge in dem Disziplinverfahren gegen Polizeikommissar George A. Walerfeld vorgeladen worden war. Inspektor Walerfeld ist einer der zahlreichsten Polizeibeamten gleichen Ranges, die sich auf die Aufklärung der Verbrechen bei der Durchführung der Prohibitionsgesetze in ihren Distrikten zu verantworten haben.

Eine weitere, interessante Ansicht gab der Admiral zum Besten, indem er die Bundeshauptstadt Washington als die "nächste Stadt" in den ganzen Vereinigten Staaten bezeichnete. Er war gefragt worden, wo er vor der Übernahme seines jetzigen Postens Kommandos stationiert gewesen sei, und hatte Washington genannt. Als - Polizeikommissar John A. Leahy, der bei der Verhandlung den Vorsitz führte, wollte wissen, wie die Prohibitionverhältnisse in New York im Vergleich mit denen in Washington seien. Darauf stellte der Admiral

die Prohibition kann unter den jetzigen Umständen d. h. bei den gewöhnlichen einschlägigen Gelegenheiten nicht durchgeführt werden. Wenn alle Richter in der Stadt New York und alle Anwälte ihre ganze Zeit in den Gerichten auf nichts anderes als auf Prohibitionfälle verwenden würden, so würden sie einer wirklichen Erzwingung der Prohibition aus noch nicht merklich näher kommen.

Diese Ansicht vertrat gestern Admiral Charles P. Plunkett, der Kommandant der Destroyer Flottille "Hull", im Polizeihauptquartier, wo er als Zeuge in dem Disziplinverfahren gegen Polizeikommissar George A. Walerfeld vorgeladen worden war. Inspektor Walerfeld ist einer der zahlreichsten Polizeibeamten gleichen Ranges, die sich auf die Aufklärung der Verbrechen bei der Durchführung der Prohibitionsgesetze in ihren Distrikten zu verantworten haben.

Eine weitere, interessante Ansicht gab der Admiral zum Besten, indem er die Bundeshauptstadt Washington als die "nächste Stadt" in den ganzen Vereinigten Staaten bezeichnete. Er war gefragt worden, wo er vor der Übernahme seines jetzigen Postens Kommandos stationiert gewesen sei, und hatte Washington genannt. Als - Polizeikommissar John A. Leahy, der bei der Verhandlung den Vorsitz führte, wollte wissen, wie die Prohibitionverhältnisse in New York im Vergleich mit denen in Washington seien. Darauf stellte der Admiral

Eine Finanzwirtschaft auf guter Grundlage

Premier Dunning von Saskatchewan entwirft ermutigendes Bild

Lehtjähriges Defizit durch Guthaben aufgewogen. — Hoffnung auf Balanzierung des Provinzialhaushaltes. — Dem Schrei nach Sparzaamkeit vorausgeeilt.

Der Haushaltsvoranschlag der Provinzialregierung von Saskatchewan für das kommende Finanzjahr bis Ende April 1925 liegt Gesamteinnahmen in Höhe von \$16,504,920 und Gesamtausgaben im Betrage von \$16,525,920 vor. Die Regierung hofft ihr Budget tatsächlich balanzieren zu können. Ein Vergleich mit dem Voranschlag für das letzte Jahr zeigt, daß keine Absicht besteht, die Einnahmen durch neue oder erhöhte Steuern zu vermindern. Die zu erwartenden Ausgaben zeigen eine Verminderung von \$1,299,798, während die Einnahmen um \$1,338,563 weniger geschätzt werden.

Premier Dunning betonte bei der Vorlegung seines achten Budgets der Legislatur, die Regierung habe die Verantwortung nicht erst auf das volkstümliche Schicksal hin, sondern schon vor Jahren zu ihrer Politik gemacht. Saskatchewan's Finanzen werden auf der Grundlage des Barvertrages angetrieben, erklärte er. Wir befehlen uns mit Geld, das wir tatsächlich erhalten, und nicht mit dem, das man uns schuldet. Ein förmlicher Antrag in der letzten Sitzungsperiode der Provinzregierung wurde, die Regierung solle die Verantwortung nicht erst auf das volkstümliche Schicksal hin, sondern schon vor Jahren zu ihrer Politik gemacht.

Das Staatsdepartement meldete, daß die beiden Regierungen in der Angelegenheit zu einem Nebereinkommen gelangt seien, auf Grund dessen das bereits bestehende Direktorium von Ingenieuren noch um zwei amerikanische und zwei canadische Ingenieure vermehrt werden würde.

Die Entlohnung der Kommissionsmitglieder des St. Lorenzstroms wurde als Hauptgegenstand der Verhandlungen der Großen Seen angelaufen. Zur selben Zeit wurde eine gemaltete Wasserbetriebskraft entwickelt werden. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf \$252,728,729 veranschlagt.

zeichnet sich wie andere Körperschaften ähnlicher Art durch die Schamlosigkeit seiner Mitglieder aus. Es wird dort immer noch über die Frontrede und über die Rede des Premier King, über die wir in letzter Nummer des "Courier" berichteten, diskutiert und dabei viel lautes Geschrei geäußert. Wenn untern Kommando mit Heben geschrien wäre, müßte nach der bisherigen Debatte, die Ottawa schon gehalten hat, denn bei der Unschicklichkeit, mit der dort jede Rede abgehalten wird, ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Rede des Premier King, die er am 1. April in der Provinz gehalten hat, nicht die besten sein werden.

Son. Ernest Kasowitz, der Justizminister und Führer des französischen Liberalismus, erklärte, Canada's Handel und Nationalreichtum seien größer als je zuvor und die Beisehrung des Landes sei geringer als in jedem anderen Teile des britischen Reiches.

Alkoholverbot in Ver. Staaten undurchführbar

Eingeständnis des amerikanischen Admirals C. P. Plunkett

Washington ist "nächste Stadt" in den Ver. Staaten.

Die Prohibition kann unter den jetzigen Umständen d. h. bei den gewöhnlichen einschlägigen Gelegenheiten nicht durchgeführt werden. Wenn alle Richter in der Stadt New York und alle Anwälte ihre ganze Zeit in den Gerichten auf nichts anderes als auf Prohibitionfälle verwenden würden, so würden sie einer wirklichen Erzwingung der Prohibition aus noch nicht merklich näher kommen.

Diese Ansicht vertrat gestern Admiral Charles P. Plunkett, der Kommandant der Destroyer Flottille "Hull", im Polizeihauptquartier, wo er als Zeuge in dem Disziplinverfahren gegen Polizeikommissar George A. Walerfeld vorgeladen worden war. Inspektor Walerfeld ist einer der zahlreichsten Polizeibeamten gleichen Ranges, die sich auf die Aufklärung der Verbrechen bei der Durchführung der Prohibitionsgesetze in ihren Distrikten zu verantworten haben.

Eine weitere, interessante Ansicht gab der Admiral zum Besten, indem er die Bundeshauptstadt Washington als die "nächste Stadt" in den ganzen Vereinigten Staaten bezeichnete. Er war gefragt worden, wo er vor der Übernahme seines jetzigen Postens Kommandos stationiert gewesen sei, und hatte Washington genannt. Als - Polizeikommissar John A. Leahy, der bei der Verhandlung den Vorsitz führte, wollte wissen, wie die Prohibitionverhältnisse in New York im Vergleich mit denen in Washington seien. Darauf stellte der Admiral

anderer Leute ziehen sollten. Aber das ist nicht der einzige Grund, warum ich mich nicht anfrage. Der Hauptgrund ist, daß wir unbeschaltete Steuererträge haben, die den Betrag des Bardefizits auswiegen. Am 29. Februar waren zum Beispiel \$1,607,990 Steuererträge vorhanden. Der Großteil davon ist gut, weil sich die Rückstände auf den Besitz beziehen. Sie sind ebenso schwer wie Munizipalsteuern.

Wir haben ferner Rückstände in der Wild Lands Tax, fast gleichwertig unserer ganzen Defizit, nämlich \$298,000, die uns ebenfalls sicher sind. Von der Supplemental Revenue Tax, die vor 2 oder 3 Jahren niederrufen wurde, zeilen noch \$271,000 in verfallenen Teilen der Provinz aus. Diese Summe ist wahrscheinlich nicht so hoch wie die anderen. Von den Abgaben gelten für die Provinz noch \$2,347,000 als langst fällig, aber noch nicht bezahlt. Daher anfrage ich mich nicht sehr wegen eines Defizits von \$316,000.

Wenn die Bürger der Provinz zu schärfen würden wie in anderen Provinzen, würde es den Publikumsdienst, als ob wir die \$2,347,000 tatsächlich hätten. Wir arbeiten aber auch weiterhin auf der Grundlage des alten Geldes. Wir befehlen uns mit dem Geld, das wir erhalten, nicht mit dem Geld, das man uns schuldet. Wenn ich sage, daß wir ein Bardefizit von \$316,000 haben, so bedeutet das, daß wir \$316,000 mehr ausgegeben als wir wirklich eingenommen haben. Unser Verbleibend geht dahin, soweit als möglich unsere Verpflichtungen am Ende des Finanzjahres abzutragen.

Einer der Gründe, warum wir ein Defizit haben, ist, daß wir aus dem von der Bundesregierung für die Provinz verwalteten School Land Trust Fund im Betrage von \$3,325,000 wiederum zu wenig empfangen haben. Im Finanzjahr bis 30. April 1922 waren es \$1,203,000, im letzten Jahre aber nur \$993,144, also um \$210,000 weniger. In zwei Jahren hat unsere Einnahme aus diesen Fonds, der von der Dominionregierung verwaltet wird, um \$342,000 abgenommen.

Das befiert uns in der Forderung, daß man uns den Fonds zur Verwaltung übertragen soll, da wir ihn ebenso wirtschaftlich, wenn nicht noch besser verwalten können als eine Behörde, die viele Meilen weit entfernt ist. Ich habe nicht viel Hoffnung, daß es uns in der jetzigen Zeit gelingt, die Zustimmung der Dominionregierung dazu zu erhalten, aber die Wichtigkeit der Sache wird durch die eben vorgelegten Zahlen dargelegt. Es ist richtig, daß die Bundesregierung die nämlichen Schwierigkeiten wie andere Provinzen hat, wenn sie von Farmern und anderen, die Schuldenlasten verkaufen, die Gelder einzuheben will. Eine Schuld an die Regierung wird immer zuerst bezahlt. Darin besteht die Schwierigkeit, das Regierungsgeld auf der Grundlage des Kreditrisikos zu betreiben.

Im Finanzjahr 1921/22 kamen 29.7 Prozent unserer Gesamteinnahmen von der Dominionregierung, und zwar \$2,956,000. Im letzten Jahre waren es 25.98 Prozent. Aus den Provinzeinnahmen betragen die Einnahmen 39.41 Prozent im Finanzjahr 1921/22, während es im Jahre 1922/23 36.51 Prozent waren. Die Einnahmen aus Zinsen stiegen von 9.30 auf 11.61 Prozent. Die Gebühren fielen von 11.17 auf 9.72 Prozent.

Wohin fließt das Geld? Unsere allgemeine Verwaltungskosten sind für sehr wenig, nämlich von 4.57 auf 4.62 Prozent von dem Gesamtbetrag gefallen. In Wirklichkeit war sie um \$16,000 niedriger. Die legislative Ausgabe ist von 3.11 auf 1.81 Prozent herabgesetzt worden, oder von \$357,625 auf \$190,735. Das Unternehmensein hat 30.79 Prozent oder \$3,390,000 und das öffentliche Gesundheitswesen 14.82 Prozent oder \$1,418,724 geflossen.

Seitens der Provinz wird viel von der Notwendigkeit der Sparzaamkeit gesprochen. Der Schrei nach Sparzaamkeit ist fast zu einer Platttheit geworden. In früherer Zeit verstand man unter Sparzaamkeit den Aufwand von mehr

viel Steuern zahlen wie jedes alliierte Volk und die Reparationslast tragen. Die deutsche Wirtschaftspolitik dürfte nur unter deutscher Kontrolle, ausgeübt von anken, arbeiten. Wiederkommen für Reparationen werden gemäß der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens.

Das neue Zweiglinien-Programm

Thornton unterbreitet den Plan dem Eisenbahnminister

Ottawa. — Das Zweiglinien-Programm der Canadian National Railways wurde in Ottawa von Sir Henry Thornton, dem Eisenbahnminister überreicht. Das neue Programm entspricht dem des letzten Jahres, obwohl an einigen Stellen im Weiten, wo der Hauptplan der C.N.R. die C.P.R. angeht, hat in das nämliche Gebiet einzubringen, die Linien nicht verdoppelt werden. Es wird als überflüssig betrachtet, da wo bereits eine andere Linie im Entstehen begriffen ist, eine weitere zu bauen. Am dreijährigen Programm soll festgehalten werden und zwar deswegen, weil, wenn die Arbeiten einmal begonnen sind, es wünschenswert ist, daß ohne Unterbrechung fortgeführt wird. Dem Senat liegt jedoch das Recht zu, Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen. Die im letzten Jahre vom Senat vertretene Ansicht ging dahin, alles anzunehmen oder abzulehnen. Das wiederum dem vom Oberhause vor einigen Jahren einstimmig angenommenen Grundsatze, als es sein Recht auf Änderungen betonte.

Es ist sehr schwer für Regierungen, wirklich zu hören und doch gleichzeitig die Forderungen nach orientlichen Dingen jeder Art zu berücksichtigen.

Die landlichen und städtischen Municipalitäten von Saskatchewan haben für ihre eigenen Zwecke insgesamt \$25,507,866 Steuern erhoben, oder \$30.78 pro Kopf. Die Provinzsteuern waren wesentlich niedriger, nämlich \$18.28, oder \$5.83 pro Kopf.

Eine kluge Regierung tut mit Rücksicht auf den Volkswohlstand mit Sparzaamkeit ihr Bestes. So wurden die für den letzten Finanzjahr von \$6,980,473 im Jahre 1921/22 auf \$5,496,000 im Jahre 1922/23 herabgesetzt. Im laufenden Jahre werden die Ausgaben auf \$5,171,000 vermindert und im nächsten Finanzjahr auf \$5,003,000.

Was den Vorwurf anlangt, daß zu viele Beamte vorhanden seien, so muß darauf hingewiesen werden: Wenn Regierung und Parlament jede Summe Geldes aufwenden, um den Gehältern der Provinz zu helfen, ihre Arbeitslosen zu unterstützen, können wir nicht zu gleicher Zeit Beamte entlassen.

Besonderen Nachdruck legte Premier Dunning auf die weitere Erhöhung von beträchtlichen Zuschüssen zu dem Unterrichtsnetze der Provinz. Im letzten Finanzjahr betragen sie \$3,390,000. Unsere Schulzuschüsse sind höher als die jeder anderen Provinz in Canada.

Die öffentliche Schuld, einschließlich vorübergehender Verpflichtungen, belief sich am 29. Februar auf \$56,157,040 oder \$67.77 pro Kopf. Um das richtige Bild zu gewinnen, muß man davon \$27,249,000 abziehen, die für Einrichtungen entfallen, die ihre eigenen Schuldenlasten tragen. Within verbleibt eine Nettoschuld, für die die Bevölkerung der Provinz verantwortlich ist und welche Zinsen zu zahlen wird, in Höhe von \$28,907,000 oder \$34.88 pro Kopf. Die Politik der Regierung ist darauf gerichtet, die hohen Schulden möglichst niedrig zu halten. Auch in dieser Hinsicht ist unsere Lage günstig, verglichen mit den anderen westlichen Provinzen. Unsere Schuld ist pro Kopf berechnet, um die Hälfte geringer als die von British Columbia und um zwei Drittel geringer als die Albertas und Manitobas.

Im weiteren Verlauf der Rede kam der Premier auch auf die Farmanklichen zu sprechen. Die Lage habe sich in dieser Hinsicht nicht geändert. Die Zinsenrückstände beliefen sich bis Ende Februar 1924 auf \$565,000.

Die Finanzlage im laufenden Jahre zeigt eine Besserung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Bis Ende April ein Bardefizit vorhanden sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Aber er hoffe, aus diesem Jahre ohne Fehlbetrag hervorzugehen. Bezüglich der Zukunft könne man sich Vertrauen vorraussetzen. Wir hoffen auf den einmal betretenen Weg mit jenem Mut und jener Entschlossenheit weiterzudringen, die für die Fortschritt der Provinz so charakteristisch sind, in tiefen Klüften an den Boden unter unserer Füßen und an die bürgerliche Gemeinschaft. Die wir in der Provinz von Saskatchewan aufbauen.

im letzten Jahre ausbreiten. Die Regierung wünscht die Finanzierung der C.N.R. zu überlassen. Die Abgeordneten des Weiteins sagen eine schwere Erregung der Bevölkerung voraus, wenn die Bill besser nicht angenommen wird. Gelände laufen ein, die die dringende Notwendigkeit verbesserter Verkehrsmittel darthun.

Die Bill wird trotz des Widerstandes der Konservativen vom Parlament angenommen werden. Ihr endgültiges Schicksal wird vom Senat entschieden werden. Der Senat wird hier das Zweiglinienprogramm besser wiederum, dann sollte man mit allem Nachdruck eine Reform des Senats nach demokratischen Gesichtspunkten betreiben.

Wiederherstellungsarbeit an der Hudson Bay-Bahn

The Pas, Man. — Der schon erbaute Teil der Hudson Bay-Bahn, der niemals benutzt wurde, befindet sich in ziemlich schlimmen Zustände. Es wird viel Arbeit nötig sein, um die Linie wieder herzustellen. Nach einer Mitteilung H. G. Barre's, des Generaldirektors des westlichen Teiles der C.N.R., ist er von dem canadischen Eisenbahnminister Graham beauftragt worden, mit größter Eile die Wiederherstellung der erbaute Strecke vorzunehmen, sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten. Mr. Barre hat sich auf eine Inspektion der Hudson Bay-Bahn, um einen Plan für die Arbeit zu entwerfen.

(Diese Nachricht ist gewiß erfreulich, würde aber weit mehr bedeuten, wenn man daraus auf die erste Absicht der canadischen Regierung schließen könnte, die Linie bis zur Hudson Bay fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen. Doch darauf besteht wenig Hoffnung, weil die stillen Interessen eine Schmälerung des Verkehrs nach Montreal, Quebec und Halifax um jeden Preis zu verhindern suchen. Das ist ihnen bisher gelungen — auf Kosten und zum Schaden des Westens.)



Sir Henry Thornton, Minister of Railways, hat das neue Zweiglinienprogramm in Ottawa überreicht.

Hohe Warenpreise und niedrige Preise für Farmprodukte

Ererar glaubt nicht an einen Welt-Warenpool.

Winnipeg. — Auf der Wirtschaftskonferenz von Manitoba erklärte der Hauptredner, Dr. A. C. Ererar, der Farmer bezahle heute durchschnittlich 70 Prozent mehr für seine Waren, während er für seine Produkte nur 13 Prozent mehr als 1913 erhalte. Deswegen tiefe es mit der Landwirtschaft lebhaft. Das sei die Ursache, warum Hunderte von jungen Leuten die Farmen verlassen und Arbeit in der Stadt suchen. Das brauche die Farmer der Arbeitskräfte, die sie brauchen, und das sei wirtschaftlich ungesund. Es sei ein Problem, das nicht nur die Farmer, sondern auch die anderen Störperschaften lösen müßten.

Das Neilmittel liege in der Verminderung der Produktionskosten. Die gesteigerten Produktionskosten der Waren, die der Farmer brauche, seien den erhöhten Kosten der Arbeitskräfte und der verminderten Zahl der Arbeitsstunden zuzuschreiben. Er wolle nicht auf das Recht der Unruhm der Arbeiter eingehen, aber die Frage berühre den Farmer in erster Reihe.

Wenn die Kosten nicht vermindert würden, würden die Farmer von Manitoba in wachsender Zahl zur Hauswirtschaft übergehen müssen, das heißt, sie würden viele Dinge, die sie jetzt kaufen, im eigenen Hause herstellen, und das würde für das Gesellschaftsleben nicht von Vorteil sein.

Die Transportfrage sei von größter Wichtigkeit für den Farmer. Die Kosten könnten herabgesetzt werden, wenn der Verkehr gesteigert werde, und das könne durch Einmündung richtiger Art erreicht werden.

Mr. Ererar erklärte, daß Anstrengungen seitens der Farmer, die Preise ihrer Produkte festzusetzen oder zu kontrollieren, sich als falsch erwiesen hätten. Es sei unmöglich, den Weltmarktpreis zu kontrollieren; denn wenn irgendwo Canada, Australien und Argentinien ein gemeinsamer Plan, den Preis um 10 Cent pro Bushel zu erhöhen, festgelegt werde, würde dies einfach den Anbau in Ausland und anderen Ländern erhöhen. Das konnte nur gelingen, wenn die Anbaufläche und der Anbau selbst ebenfalls kontrolliert werden könnten.

Lezte Nachrichten

Berminderung der britischen Arme abgelehnt

London, 18. März. — Im Unterhause wurde ein Antrag des linken Flügel der Arbeiterpartei, die Arme um 150,000 Mann zu vermindern, mit 347 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Internationale Bank von Sachverständigen vorgeschlagen

Paris, 18. März. — Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses unter Dawes schlägt die Gründung einer Bank mit internationalem Kapital vor. Frankreich müsse seine Herrschaft im Nahgebiet einschränken. Das deutsche Volk solle ebenfalls

viel Steuern zahlen wie jedes alliierte Volk und die Reparationslast tragen. Die deutsche Wirtschaftspolitik dürfte nur unter deutscher Kontrolle, ausgeübt von anken, arbeiten. Wiederkommen für Reparationen werden gemäß der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens.

Coolidge für Anleihen an Frankreich

Washington, 18. März. — Obwohl er von den New Yorker Finanzleuten nicht um seine Vorschläge des Darlehens ersucht worden ist, welches bei der Bank von Frankreich modern, sieht Präsident Coolidge Darlehen amerikanischer Finanzinteressen an Regierungen des Auslandes als der governmentalen und privaten Ermutigung würdig an.